USA

Aufstand der Scheinriesen

Präsident Barack Obama droht neuer Widerstand gegen seine Gesundheitsreform – diesmal auf Landesebene. 38 US-Bundesstaaten wollen Maßnahmen erlassen, welche die Umsetzung der umstrittenen Reform erschweren würden. Das Parlament von Idaho verabschiedete bereits ein Gesetz, um die Bürger von der geplanten Krankenversicherungspflicht zu befreien. Oklahoma möchte sogar alle Reformbestandteile aussetzen. „Wenn genug Bundesstaaten die Umsetzung verweigern, kann die Bundesregierung dagegen wenig tun“, sagt Michael Boldin vom Tenth Amendment Center in Los Angeles, das die föderale Gegenbewegung unterstützt. Die Landesregierungen protestieren vor allem gegen die Gesundheitsreform, durch die sie neue finanzielle Belastungen fürchten. Aber auch andere Bundesvorschriften passen ihnen nicht. South Dakota und vier weitere Bundesstaaten versuchen derzeit, strengere Gesetze zum Waffenbesitz zu umgehen. So sollen diese nicht gelten, wenn eine Waffe im eigenen Bundesstaat hergestellt und benutzt wird. Utah plant sogar, die Polizeiarbeit von Bundesbehörden auf seinem Gebiet einzuschränken. An der Spitze der Protestbewegung stehen republikanische Staaten. Sie umwerben damit die konservative Tea-Party-Bewegung, die den Widerstand gegen Washington zu ihrem populistischen Projekt gemacht hat. Doch viele Initiativen sind auch in demokratisch regierten Regionen populär. Deren Erfolgsaussichten schätzen Rechtsexperten freilich als gering ein, gerade wenn es um die Gesundheitsreform geht. In den USA ist das Verhältnis zwischen Bund und Ländern zwar seit der Staatsgründung umstritten. „Artikel 6 der US-Verfassung besagt aber, dass im Konfliktfall Bundesrecht Vorrang vor Landesrecht hat“, sagt Ruthann Robson, Rechtsprofessorin an der New York City University. So setzte etwa die damalige US-Regierung in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Bürgerrechte für Afroamerikaner gegen Widerstand im Süden des Landes durch. Die Pläne der Bundesstaaten, so Experten, zielten daher vor allem auf politische Wirkung – genau wie die Idee des erzkonservativen texanischen Gouverneurs Rick Perry, seinen Bundesstaat aus Protest gegen Obamas Politik vom Rest der USA abzuspalten.

Mugabe

ALEXANDER JOE / AFP

Mubarak

Kibaki

AFRIKA

Alt und stur

Afrikas Bevölkerung wird immer jünger, Afrikas Regierende jedoch vergreisen. Vor wenigen Tagen kündigte der 86-jährige Präsident von Simbabwe, Robert Mugabe, an, er werde sich höchstwahrscheinlich um eine weitere Amtszeit bewerben. Ägyptens Staatschef Husni Mubarak, 81 Jahre alt, hat sich soeben in einer Klinik in Heidelberg die Gallenblase entfernen und sich damit für weitere Herausforderungen fit machen lassen. Muammar al-Gaddafi in Libyen ist 67 Jahre alt und mit 41 Amtsjahren der Dienstälteste aller afrikanischen Staatschefs. Auch Ellen Johnson Sirleaf, die 71-jährige Präsidentin von Liberia, sowie Yoweri Museveni, 65, Präsident von Uganda, wollen 2011 erneut antreten.
Kollege José Eduardo dos Santos, 67, Präsident von Angola, hat sich per Verfassungsänderung de facto zum Präsidenten

AFGHANISTAN

Kompromisslose Taliban

Die für Ende April geplante Friedenskonferenz in Kabul wird ohne die Taliban stattfinden, obwohl Präsident Hamid Karzai sie ausdrücklich dazu eingeladen hatte. Offenbar sind bisher alle Anstrengungen gescheitert, die Aufständischen an den Verhandlungstisch zu bringen. Karzai macht dafür vor allem Militärkreise in Pakistan verantwortlich, er sei „sehr ärgerlich“ über die Festnahme von Mullah Abdul Ghani Baradar, der Nummer zwei in der Taliban-Hierarchie. Seither sei der Gesprächsfaden mit der Taliban-Führung abgerissen. Kabul vermutet, dass Pakistan die Aussöhnung verhindern will. In einem BBC-Interview bestätigt der kürzlich aus dem Amt geschiedene Uno-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Kai Eide, die Kommunikation mit den Taliban sei „fast zum Stillstand gekommen“. Gegenüber dem SPIEGEL gab Eide jedoch zu, dass die Gespräche tatsächlich auch noch nicht weit gediehen waren: „Viel wurde versucht, aber wenig erreicht.“ Beobachter glauben, dass die Taliban grundsätzlich nicht an Friedensverhandlungen interessiert sind. „Wenn die Taliban verhandeln wollten, würden sie einen anderen Ver-

Taliban nahe Kabul